

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeiger und für Auswärtige die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. — Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Abbestellung der Anzeiger für den Monat und für den Monat des Monats, an dem die Anzeiger abbestellt werden, ist möglich. — Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 10

Donnerstag, den 13. Januar 1927

22. Jahrgang

Heldt zum Ministerpräsidenten gewählt.

Eine unerwartete Wendung.
Einheitsfront von den Altsozialisten bis zu den Deutschnationalen.

Sitzungsbericht.

Dresden, 11. Januar.

Der Landtag wurde unter allgemeiner Spannung eröffnet, da bereits vorher bekannt geworden war, daß die Deutschnationalen den von den bürgerlichen Mittelparteien vorgeschlagenen Ministerpräsidenten Heldt nicht mitwählen würden.

Eine Erklärung der Deutschnationalen.

Namens der Deutschnationalen gibt Abg. Hofmann folgende Erklärung ab:

1. Wir stellen fest, daß der Versuch, eine Regierung nach rechts von der USP. ab unter Ausschluß der Deutschnationalen zu bilden, eine schwere Verletzung des Mehrheitsprinzips, auf dem die Demokratie beruht, darstellt.
2. An der Wahl eines Ministerpräsidenten, der eine Regierung bilden soll, auf deren Zusammenfassung wir keinen Einfluß haben, können wir uns nicht beteiligen. (Zuruf: Heldt ist doch schon der Mann! — Abg. Hofmann: Sie müssen es ja wissen!)
3. Gegen die geplante Regierung ist einzuwenden, daß sie der von allen nichtsozialistischen Fraktionen bislang geforderten Notwendigkeit der Vereinfachung der Staatsgeschäfte nicht Rechnung trägt, obgleich die große wirtschaftliche Not dazu zwingt.

Das Haus ging nachdem zur Wahlhandlung

über. Bestimmte Vorschläge wurden nicht gemacht. Unter atemloser Spannung erfolgte die Verlesung der Stimmzettel.

Es ergab sich, daß die Linke, SPD. und KPD., wiederum geschlossen für ihren Kandidaten Fleißner stimmte, der 45 Stimmen aufbrachte.

Für den Ministerpräsidenten Heldt stimmten die Altsozialisten, die Demokraten, die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei mit 31 Stimmen.

Die beiden Nationalsozialisten nahmen an der Abstimmung nicht teil. Die vier Aufwertungsparteiellen gaben weiße Stimmzettel ab.

Die deutschnationale Fraktion stimmte geschlossen für den früheren Kreishauptmann Dr. Krug von Ribda, der 14 Stimmen erhielt.

Der Präsident stellte fest, daß nach Abzug der vier ungültigen weißen Zettel insgesamt 90 Stimmen abgegeben worden waren, von denen 45 auf Fleißner, 31 auf Heldt und 14 auf Dr. Krug von Ribda kamen.

Die absolute Mehrheit von 46 Stimmen war wiederum von keinem der Kandidaten erreicht worden.

Die Verkündung des Abstimmungsergebnisses wurde von den Kommunisten mit stürmischen Zurufen „Aufwärts!“ begleitet. Der Präsident schlug nun namens des Vorstandes vor, die nächste Sitzung am Dienstag, den 18. Januar, anzuberaumen mit der Tagesordnung Wahl und eventuelle Verteidigung des Ministerpräsidenten.

Abg. Blüher (D. Sp.) erklärte, daß bedauerlicherweise die mehrwöchigen Bemühungen um die Bildung einer Regierung ohne Erfolg geblieben seien. Es könne gegenwärtig noch nicht beurteilt werden, ob die Aussichten für einen positiven Erfolg innerhalb einer Woche günstiger seien als heute. Der Landtag habe kein Interesse daran, alle Tage einen Leerlauf vorzunehmen. Er erinnerte die Linke daran, daß auch im Jahre 1923, als infolge des Misstrauensvotums gegen den damaligen Innenminister Dippel die sozialdemokratische Regierung auf sich zurücktrat, ebenfalls mehrere erfolglose Versuche unternommen worden seien, bevor man zu einer Neuwahl des Ministeriums kam.

Abg. Blüher (Komm.) bezeichnete die Erklärung des Abg. Blüher als eine Banfrotterklärung des Landtages. Die Vereinbarung über die Erhöhung der Mieten und die Befreiung der gewerblichen Räume von der Wohnungszwangswirtschaft ließ deutlich erkennen, wozu die Reize der neuen Regierung gehen solle. Auch die Haltung der SPD. sei außerordentlich zwiespältig. Bei ihr beständen Hoffnungen auf das Zustandekommen der Großen Koalition im Reich, was dann auch eine solche in Sachsen bedinge.

Die Auflösung des Landtages sei das Gebot der Stunde.

Er stelle den Antrag, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, die am Donnerstag stattfinden solle, an erster Linie den kommunistischen Auflösungsantrag zu stellen.

Präsident Schwarz stellte fest, daß außer dem Vorschlag Blüher und Blüherer zur Tagesordnung noch ein Antrag der Aufwertungspartei Dr. v. Fumetti eingegangen sei, der verlangt,

daß der Landtag nach einer zweistündigen Pause erneut zu einer Sitzung zusammentritt und noch die Wahl des Ministerpräsidenten vornimmt.

Abg. Blüher erklärte daraufhin, daß er seinen Antrag zugunsten des Antrages Fumetti zurückziehe. Abg. Liebmann (Soz.) erklärte ebenfalls die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Antrag Fumetti. Die bisherigen Vorgänge bedeuteten nach seiner Meinung die Banfrotterklärung des Bürgerblocks, der damit am Ende seines Lateins angekommen sei, das bedeute jedoch keineswegs, daß der Landtag schon am Ende seines Lateins sei. Der von dem Abg. Blüher herangezogene Vergleich mit der Regierungskrise im Jahre 1923 treffe nicht zu, da es sich damals nicht um einen neugewählten Landtag gehandelt habe.

Abg. Blüher erhob Widerspruch gegen den Antrag Fumetti. Derselbe wurde jedoch vom Landtagspräsidenten als unbegründet zurückgewiesen.

Es folgte nunmehr die Abstimmung, bei der der Antrag Fumetti mit den Stimmen der Altsozialisten, Kommunisten, Aufwertungspartei und Nationalsozialisten gegen die Stimmen der übrigen Parteien angenommen

Die zweite Sitzung.

Die zweite Sitzung wird nachmittags 1/5 Uhr eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhebt der Abg. Kenner (Komm.) Beschwerde darüber, daß eine kleine Ansammlung vor dem Landtagsgebäude von der Polizei mit Gewalt auseinandergetrieben worden sei, und fragt, ob der Präsident Schwarz die Anweisung dazu gegeben habe. Präsident Schwarz erklärt, daß er nichts davon wisse. Die Aufrechterhaltung der Ruhe auf den Straßen sei Angelegenheit des Polizeipräsidenten. — Gegen die Behandlung eines Antrages der Kommunisten, noch weitere Zuhörer auf die Tribünen, die schon jetzt voll besetzt sind, zuzulassen, wird auf der rechten Widerspruch erhoben. Der Antrag ist damit erledigt. Dann kommt man zur

Wiederholung der Wahl des Ministerpräsidenten.

Es werden 98 Zettel abgegeben. 49 Stimmen lauten auf Heldt, 45 auf Fleißner, zwei Zettel (von den Nationalsozialisten) sind weiß. Die Deutschnationalen haben für Heldt gestimmt.

Damit ist Heldt zum Ministerpräsidenten gewählt.

Das Ergebnis wird auf der Linken und auf der Zuhörerbühne mit Zurufen aufgenommen. Der Präsident droht, die Tribüne räumen zu lassen.

Abg. Blüher (Komm.) erhält das Wort zur Geschäftsordnung und beginnt mit den Worten: „Die Wahl des Arbeiterverrätters Heldt“ Als darauf auf der Tribüne Bravorufe laut werden, wird die Tribüne auf Anweisung des Präsidenten geräumt. Währenddessen wird die Sitzung unterbrochen. Die Räumung geht ziemlich langsam vonstatten. Kurz nach 6 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet.

Abg. Blüher nennt die Wahl des „Arbeiterverrätters Heldt“ das Ergebnis eines Schachergeschäfts. Der Redner greift besonders die Aufwertungspartei, die Nationalsozialisten und die Altsozialisten heftig an. Die Altsozialisten seien auch schuld, denn sie hätten durch ihr Bündnis mit den Altsozialisten in den Gewerkschaften den Bürgerblock vorbereitet. Der Redner verlangt sofortige Beratung des kommunistischen Auflösungsantrages.

Abg. Liebmann (Soz.) setzt sich mit dem Redner auseinander und meint dann, das neue Kabinett Heldt müsse ein Kabinett des Arbeiterverrätters sein, sonst könne ihm die Reichsregierung nicht nach

zugestimmt. Die vier Altsozialisten hätten sich heute selbst das Urteil gesprochen. Dann greift der Redner die Vertreter der Aufwertungs- und Volkspartei an und versichert, diese hätten den Altsozialisten heute nach dem ersten Wahlgang versprochen, Fleißner zu wählen. Aber sie würden schon sehen, daß sie die Geheilten seien. Der Redner sagt der neuen Regierung den schärfsten Kampf an.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) erhebt Einspruch gegen die Geschäftsführung. Die beiden Redner hätten ungehindert politische Reden gehalten, die mit der Geschäftsordnung nichts zu tun hätten.

Abg. Blüher (Aufwertungspt.) bezeichnet die Behauptung, seine Fraktion habe die Stimmabgabe für Fleißner angekündigt, als unwahr.

Abg. Littmann (Natsoz.) erklärt, seine Fraktion werde ihr Verhalten von den Taten der Regierung abhängig machen.

Dann wird die

Verteidigung des Ministerpräsidenten

vorgenommen. Als Ministerpräsident Heldt im Saal erscheint, werden ihm von den Altsozialisten Schimpfworte — Mist, Heldt, Schuft usw. — zugerufen. Die Altsozialisten verlassen den Saal. Ministerpräsident Heldt leistet den Eid in die Hand des Präsidenten Schwarz mit den Worten: „Ich schwöre Treue der Landesverfassung“. Nach weiterer kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, die nächste Sitzung am Dienstag, den 18. Januar, mittags 1 Uhr abzuhalten mit der Tagesordnung: Regierungserklärung. Schluß der Sitzung 5.30 Uhr.

Die Ministerliste.

Dresden, 11. Jan. Auf Grund der Abmachungen der Regierungsparteien ist folgende Ministerliste aufgestellt worden:

- Ministerpräsident Heldt (Altsoz.)
- Innenminister Dr. Dehne (Dem.)
- Arbeitsminister Eisner (Altsoz.)
- Wirtschaftsminister Dr. Wilsch (Wirtschaftsp.)
- Finanzminister Weber (Wirtschaftspartei)
- Kultusminister Dr. Kaiser (D. Sp.)
- Justizminister Dr. Bänger (D. Sp.)

Reichsminister in Berlin unbekannt.

Eine nette Geschichte weiß die „Frankfurter Ztg.“ vom Berliner Einwohner-Meldeamt zu erzählen. Ein Steuerzahler wollte die Privatwohnung des Reichsfinanzministers Dr. Reinhold in Erfahrung bringen und wandte sich vertrauensvoll an das Einwohnermeldeamt. Darauf erhielt er folgenden Bescheid:

„Ohne Angabe näherer Personalien des Herrn Dr. Reinhold ist — zumal es sich um einen Sammelnamen handelt — eine Wohnungsermittlung nicht möglich; eine Anfrage beim Finanzministerium wird angehängt.“

O, was ist Menschen, was ist Ministerherrlichkeit! Vor seinem Kammerdiener, heißt es, ist niemand ein großer Mann. Vor dem heiligen Bürokratie, scheint es, erst recht nicht. Wenn man Reinhold heißt, trägt man einen Sammelnamen; daß man nebenbei Reichsfinanzminister ist, hebt einen nicht aus der Masse hervor. Genaue Personalien angeben; womöglich auch die Kragenweite!

Anschluß des Nationalsozialen Volksbundes an die Deutschösterreichische Freiheitsbewegung.

München, 11. Januar. Der Nationalsozialen Volksbund, der hier seine zweite Landestagung abhielt, beschloß einstimmig den Anschluß des Nationalsozialen Volksbundes an die Deutschösterreichische Freiheitsbewegung mit dem Namen „Deutschösterreichische Freiheitsbewegung Landesverband Bayern“. Zum ersten Vorsitzenden wurde Landtagsabgeordneter Drechsler und zum ersten Schriftführer Landtagsabgeordneter Präußner gewählt.

Entschädigung der durch die Ruhrbesetzung geschädigten Angestellten.

Berlin, 11. Januar. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten unterbreitet dem Reichstag acht Punkte, die sich auf eine gerechte Entschädigung für die während der Ruhrbesetzung den Angestellten nachweisbar zugefügten Verluste an Einkommen und Sachwerten beziehen.